



Der Neue Nahe Osten: nach Irak und Arafat's Tod

Der Neue Nahe Osten: nach Irak und Arafat's Tod	1
Der Irakkrieg 2003 verändert das nahöstliche Machtgefüge	3
Demokratisierungsprozess in der arabischen Welt	4
Syrien als Beispiel einer geschwächten Diktatur	5
Ende der Besatzung: Libanon und Gaza	6
Iran und die Atombombe	8
Arafats Tod brachte eine Wende	9
Roadmap: Todegeburt, Vision oder politisches Instrument ohne praktische Bedeutung?	11
Rückzug aus dem Gazastreifen	12
Status des geräumten Gazastreifens	14
Stellung Israels in der Welt	15
Stellung der Palästinenser in der Welt	15
Die wirtschaftliche Zukunft des Gazastreifens	17
Innenpolitik Israel	18
Innenpolitik Palästinenser	19
Wehrpflicht und Wehrdienstverweigerung	20
Die Vision von zwei Staaten in Palästina	22
Links	24
Argumente	26
Will Scharon nach Gaza seinen Griff auf das Westjordanland festigen?	26



TATSACHEN & ARGUMENTE

Der Sperrwall (Zaun/Mauer) ist in Wirklichkeit eine politische Grenze.....	27
Trieb Israel die Amerikaner, Irak zu erobern?	28
Ist Demokratisierung eine moderne Form von US- Imperialismus?	28
Hat der Irakkrieg dem Terror erst recht Auftrieb gegeben?.....	29
Wie relevant ist der Einfluss elektronischer Medien?.....	30
Blockieren die Zustände in Libanon und Syrien eine Friedenslösung?.....	31
Wo bleibt der russische Machtfaktor?	31
Besteht ein Zusammenhang zwischen dem Nahostkonflikt und der Islamisierung Europas?	32



TATSACHEN & ARGUMENTE

Der Irakkrieg 2003 verändert das nahöstliche Machtgefüge

Der Irak unter Saddam Hussein war aus amerikanischer Sicht wegen seiner geographischen Lage, dem Ölreichtum, der starken Armee und seiner Bemühungen um Massenvernichtungswaffen eine Gefahr für die Stabilität im Mittleren Osten. Der [Iranirak Krieg](#), die [Eroberung](#) von [Kuwait](#) am 2. August 1990 und die unmittelbare Bedrohung Saudi Arabiens und der Ölscheichtümer am Persischen Golf, die Behandlung der [Kurden](#) und die Finanzierung palästinensischer [Selbstmordattentäter](#) beeinflussten die gesamte Region. Ein feindseliger Irak konnte den Industrienationen die Ölzufuhr abschneiden. Die Invasion in Kuwait 1990 bedeutete für die arabische Welt mit ihren künstlichen Linealgrenzen einen Tabubruch. Deshalb konnten die Amerikaner 1991 zum ersten Irakkrieg eine [Allianz](#) von 34 Ländern aufstellen, mit der Beteiligung von arabischen Ländern wie Ägypten, Syrien, Saudi Arabien und Golfstaaten. Israel war offiziell nicht an der Koalition beteiligt, wurde aber von Irak mit Raketen angegriffen. Den zweiten Irakkrieg 2003 führten die Amerikaner gegen den Willen einiger westlicher Nationen. Dennoch konnten sich die USA auf stille Partner stützen, darunter Ägypten, Jordanien, Kuwait, Qatar, die Türkei und Israel.

Der Wegfall des Irak unter Saddam Hussein bedeutete eine Auflösung bisheriger militärstrategischer wie politischer Strukturen. Ein pro-amerikanischer Gürtel entstand, von Indien über Pakistan und Afghanistan, Irak, Jordanien, Israel und von dort ohne Unterbrechung bis Marokko, nachdem auch Libyen den Amerikanern die Tore geöffnet und Busse für vergangenen Terror getan hat. Weiter im Norden reicht die amerikanische Einflusszone über das NATO-Land Türkei bis zu den Ländern im Süden der ehemaligen UdSSR. Die verbliebenen Störfaktoren, Iran, Syrien und Libanon, solange der syrisch besetzt war, sind nun von Ländern der amerikanischen Einflusszone eingekreist.

Iran reagiert auf das im Irak entstandene Machtvakuum und die amerikanische Präsenz mit einer Intensivierung seines [Atomprogramms](#). Syrien ist durch den Wegfall seines irakischen Verbündeten und durch den Truppenabzug aus Libanon in eine



TATSACHEN & ARGUMENTE

Zwickmühle geraten mit Israel im Süden und der Türkei im Norden. Trotz unterschiedlicher Staatsideologien kooperieren Iran und Syrien bei der Unterstützung der Hisbollah-Miliz und palästinensischer Organisationen. Die mutmasslich von Syrien angeordnete [Ermordung](#) des anti-syrischen libanesischen Politikers [Rafik Hariri](#) und die ultimative Aufforderung des UNO-Sicherheitsrates an Syrien, den Libanon zu räumen, haben die Position von Damaskus weiter geschwächt. Der Beherbergung der Befehlszentralen palästinensischer Terrororganisation und ein von Damaskus aus befohlener schwerer [Terroranschlag in Haifa](#) hat nach über dreissig Jahren im Oktober 2003 [ein israelisches Bombardement bei Damaskus](#) provoziert. Und schliesslich verhängten die [Amerikaner Sanktionen](#), weil viele der im Irak aktiven [Terroristen](#) (vom deutschen [Auswärtigen Amt](#) vornehm „Freiwillige“ bezeichnet) über Syrien eingeschleust werden.

Obleich die Amerikaner die Sicherheit im Irak nicht in den Griff bekommen haben und auf der Strasse in den meisten arabischen Ländern verhasst sind, hat der Irak-Krieg in einigen Ländern der Region einen zaghafte Demokratisierungsprozess in Gang gesetzt. Dank dem Wegfall akuter Angriffsgefahr aus dem Osten hat das besetzte Westjordanland seine strategische Bedeutung für Israel verloren. Ein Berater Scharons, der ehemalige Direktor des [Mosad, Efraim Halevi](#), redete deshalb von einer möglichen Aufgabe weiterer Siedlungen. Nicht zuletzt ist auch der Umschwung des libyschen Herrschers [Muammar Gaddhafi](#) eine Folge der amerikanischen Präsenz in der Region.

Demokratisierungsprozess in der arabischen Welt

In Afghanistan und Irak hat es seit dem amerikanischen Einmarsch demokratische Wahlen gegeben. In Afghanistan durften erstmals auch Frauen ihre Stimme abgeben. Im Irak boykottierten die bis dahin herrschenden Sunniten die Wahlen. In manchen sunnitischen Wahlbezirken gaben nur 2 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Im irakischen Parlament sind vereinzelte Sunniten vertreten, während Kurden und Schiiten die Mehrheit bilden. Trotz des Boykotts und über 40 Terrortoten am Wahltag



TATSACHEN & ARGUMENTE

wird der demokratische Charakter dieser Wahlen nicht in Frage gestellt. In Ägypten war Hosni Mubarak vor der Wahl zu seiner fünften Kadenz als Präsident gezwungen, auch oppositionelle [Gegenkandidaten](#) zuzulassen. Deren Chancen waren gleich Null, aber Mubaraks Alleinherrschaft mit einem 99,9 prozentigen Wahlsieg war abgeschafft worden. In [Saudi Arabien](#) gab es erstmals [Kommunalwahlen](#), aber Frauen blieben ausgeschlossen. Obgleich [Jassir Arafat](#) als „demokratisch gewählter Präsident“ bezeichnet wurde, gab es eigentlich erst im Januar 2005 die „[ersten demokratischen Wahlen](#)“, bei denen [Mahmoud Abbas](#) 64,7 Prozent der Stimmen erhielt und sein wichtigster Kontrahent, [Mustafa Bargouti](#), 21 Prozent.

Syrien als Beispiel einer geschwächten Diktatur

Syrien wurde 30 Jahre lang von [Haffes El Assad](#) und der [Baath-Partei](#) beherrscht. Das verschlossene Land ohne freie Presse war ein strammer Verbündeter der Sowjetunion. Ein [Massaker an aufständischen Moslebrüdern](#) und die Zerstörung des antiken Stadtzentrums von [Hama](#) mit etwa 30.000 Toten wenige Monate nach dem Massaker von Sabra und Chatillah im Jahre 1982 mit etwa 700 Toten wurde erst Wochen später bekannt und von der Weltöffentlichkeit kaum beachtet. Das [diktatorische Regime](#) des Haffes El Assad endete mit seinem Tod im Jahre 2000. Die Nachfolge trat sein Sohn [Baschar](#) an, ein in London ausgebildeter Augenarzt. Er gilt als schwach und unerfahren. Obgleich er von seinem Vater fast unverändert die Führungsspitze geerbt hat, werden ihm schwere taktische Fehler angelastet, darunter die mögliche Duldung politischer Morde im Libanon, die Förderung von Terror gegen Israel und nicht zuletzt seine Unterstützung antiamerikanischer Kämpfer im Irak. Baschar Assad ermöglicht eine gewisse Modernisierung und erlaubte die Einführung des Internet. Das verknöcherte Regierungssystem, die [Menschenrechtsverstöße](#), die Feindseligkeit gegen Israel, die Feindschaft gegen Amerika und die politischen Wandlungen im ganzen Mittleren Osten fördern nicht die [Stabilität seines Regime](#). Untersuchungskommissionen der UNO ergaben zudem den Verdacht, dass die [Spitze Syriens](#) in den Mord Rafik Hariris verwickelt sei. Frankreich und die USA betreiben deshalb einen Sturz des Alawiten-Regime unter Baschar Assad.



TATSACHEN & ARGUMENTE

Ende der Besatzung: Libanon und Gaza

Innerhalb von fünf Jahren wurde Libanon von zwei Besatzern befreit. Im Gazastreifen endeten 28 Jahre israelischer Besatzung. Der israelische Ministerpräsident [Ehud Barak](#) hatte in der Wahlnacht 1999 angekündigt, die israelischen Truppen innerhalb eines Jahres aus dem Libanon abziehen zu wollen. Sie waren 1982 einmarschiert und im „Sumpf des Libanon“ stecken geblieben. Weil der einseitige Abzug der Israelis beschlossene Sache war, gab es keine Möglichkeit, den Truppenrückzug mit dem von Syrien besetzten Libanon oder mit der syrischen Hegemonialmacht zu koordinieren. EU-Vermittler [Miguel Moratinos](#) versuchte erfolglos, Israel von dem Rückzug abzuraten, weil dem Libanon ein Bürgerkrieg drohe und [Syrien](#) die Rechtfertigung genommen werde, den Libanon zu befrieden. Wörtlich sagte Moratinos in Jerusalem vor Journalisten: „Israel sollte bereit sein, pro Jahr 25 seiner Soldaten im Südlibanon zu opfern, damit es im Libanon nicht wieder Tausende Tote gibt.“ Aber der Druck der israelischen Bevölkerung war gross und Barak hielt sein Wort. Die libanesische Miliz Hisbollah feierte den Rückzug als Sieg und behauptete, das israelische Militär „vertrieben“ zu haben. Arafat und die PLO-Spitze übernahmen die Argumentation der Hisbollah. Wenige Monate später brach die Intifada aus, in der Erwartung, Israel durch Tote zu demoralisieren und zur Aufgabe der besetzten Gebiete zu zwingen. Das Hauptargument der Syrer, Libanon vor den Israelis schützen zu müssen, war entfallen, aber es sollte noch fünf Jahre dauern, bis die UNO mit ihrer [Resolution 1559](#) vom 2. September 2004 Syrien auffordert, seine Truppen ebenfalls aus Libanon abzuziehen. Nach der Ermordung des anti-syrischen Politikers Rafik Hariri in Beirut und einem Volksaufstand gibt Syrien seine Präsenz im Libanon auf.

Der israelische Rückzug aus Gaza wurde von [Ministerpräsident Ariel Scharon](#) im Dezember 2003 in Herzlija als einseitiger Schritt im Rahmen eines [Abkopplungsplans](#) von den Palästinensern verkündet. Weder die Mehrheit der Siedler noch die palästinensische Führung glaubten bis zur letzten Minute, dass Scharon Siedlungen auflösen und besetzte Gebiete räumen würde. Während Siedler sich weigerten, ihren Umzug vorzubereiten, vermieden die Palästinenser Verhandlungen. Finanzielle



TATSACHEN & ARGUMENTE

Entschädigung für den Erhalt von Gebäuden oder Gewächshäusern hätte aus palästinensischer Sicht wie Konzessionen nach einem einseitigen israelischen Schritt ausgesehen. Nur einen Tag vor Beginn des Rückzugs gelang es dem amerikanischen Vermittler [James Wolfensohn](#), jüdisch-amerikanische [Mäzene](#) zu einer Spende in Höhe von 14 Millionen Dollar zu bewegen, um den Siedlern die noch nicht demontierten Gewächshäuser abzukaufen. Nach dem Rückzug wurden 30 Prozent der Gewächshäuser von feiernden Palästinensern [zerstört](#). Was übrig blieb, soll etwa 3000 Palästinensern einen Arbeitsplatz garantieren.

Obgleich der Rückzug aus Gaza als [einseitiger israelischer Schritt](#) die Palästinenser vor vollendete Tatsachen stellte, behauptet Hamas, die Siedler mit Gewalt vertrieben zu haben, wie es die Hisbollah nach dem einseitigen israelischen Abzug aus Südlibanon getan hat. Die UNO hat die internationale Grenze zwischen Israel und Libanon genau vermessen und Israel bestätigt, sich hinter die „blaue Linie“ zurückgezogen zu haben. Trotzdem behaupten Libanon und die Hisbollah, dass Israel bei den umstrittenen [Schaba-Farmen](#) weiterhin libanesisches Gebiet besetzt halte. Israel und die internationale Gemeinschaft halten die [Schaba Farmen](#) für [syrisches Territorium](#), das Israel bis zur Rückgabe an Syrien verwalten müsse. Immer wieder kommt es dort zu blutigen Zwischenfällen.

Im Gazastreifen behauptet Israel, sich hinter die „grüne Linie“ von 1967 zurückgezogen zu haben. Die Palästinenser bestehen auf einem Rückzug zur [Waffenstillstandslinie von 1949](#) und fordern, israelisch-ägyptischen [Gebietsaustausch](#) zwischen 1949 und 1967 rückgängig zu machen. Betroffen ist die israelische Ortschaft [Netiv Haasara](#) nördlich des Gazastreifens. Jenseits der Frage, ob die palästinensischen Ansprüche ernst gemeint oder nur Vorwand sind, zeigen sie, wie leicht der Konflikt wieder akut werden kann.

Mangels rechtzeitigen Absprachen vor dem Rückzug blieben viele Fragen offen, wie die Kontrolle an den Grenzübergängen, dem Warenverkehr, der Versorgung von Gaza mit Wasser und Strom aus Israel oder der Entsorgung von Abwasser.



TATSACHEN & ARGUMENTE

Mit erheblichem Druck der amerikanischen Aussenministerin Condoleezza Rice wurde eine [Regelung](#) der Grenzübergänge zum Gazastreifen ausgehandelt. Erstmals wurde Vertretern der EU eine aktive Rolle als [Grenzkontrolleure](#) eingeräumt.

Iran und die Atombombe

Iran hat noch keine Atombombe, betreibt aber ein Atomprogramm seit den Zeiten des Schahs. Sollte Iran die Fähigkeit erlangen, Uran selber [anzureichern](#), könnte niemand mehr kontrollieren, ob und wieviel bombenfähiges spaltbares Material dem Iran zur Verfügung stünde. Solange Iran diese Fähigkeit nicht hat, könnte der ursprünglich von [Siemens](#) errichtete und von Russland fertiggestellte [Reaktor in Buscheir](#) problemlos in Betrieb genommen werden, solange Moskau den Brennstoff liefert und die ausgebrannten Stäbe wieder abholt.

Es gibt unterschiedliche Einschätzungen bei Amerikanern, Briten und Israelis über den von Iran noch benötigten Zeitraum bis zur Atombombe. Die Abweichungen, zwei bis zehn Jahre, sind nach Angaben [israelischer Experten](#) kein Widerspruch. Es gibt den „Punkt ohne Umkehr“. Damit ist die technische Fähigkeit gemeint, in industriellem Umfang Uran zu bombenfähigem Plutonium anzureichern. Danach sei nur noch eine Frage der Zeit, eine erste Bombe zu produzieren. Auch hier können die Zeiträume stark abweichen, wenn man den denkbar kürzesten Weg ohne Pannen zugrunde legt. Werden aber politische Zwänge, Probleme bei der Lieferung von Werkzeugen oder Materialien mitgerechnet, könnte sich der Prozess bis zu zehn Jahren in die Länge ziehen.

Ein geringeres Problem stelle das Fehlen eines Trägersystems dar, mit dem die 700 bis 1000 Kilo schweren Bomben in Ziel getragen werden sollen. Iran besitzt [Trägerraketen](#) und arbeite an einer Verlängerung ihrer Reichweite.

Iran hat mehrfach gedroht, [Tel Aviv zu zerstören](#). Weltweite Empörung löste der iranische Präsident [Ahmadenidschad](#) aus, als er vor Studenten in Teheran forderte, Israel von der Landkarte zu löschen. Eine einzige Atombombe könnte den Staat Israel



TATSACHEN & ARGUMENTE

und die palästinensischen Gebiete vernichten. Doch sowie Iran die Fähigkeit hätte, Israel zu treffen, wären genauso Irak, Kuwait und europäische Städte potentielle Ziele. Die Frage, ob gegen die iranische Atomindustrie mit militärischen Mitteln vorgegangen werden könne, wird von Israelis und Europäern übereinstimmend verneint. Nicht alle iranischen Produktionsstätten seien bekannt und einige könnten in Bergstollen errichtet worden sein. Es sei sinnlos, nur einen Teil der Produktionsstätten zu zerstören. Da die Interessen der USA, Israel und der Europäer gleichermassen betroffen seien, überlasse Israel die diplomatischen Bemühungen ganz den Europäern und den USA. Gleichwohl hat Israel in Kooperation mit den USA als erstes Land der Welt ein funktionierendes Abwehrsystem gegen anfliegende ballistische Raketen entwickelt und aufgestellt. Diese „[Arrow](#)“-Raketen wurden intensiv entwickelt, nachdem Irak während des Irakkrieges 1991 israelische Städte mit Scudraketen aus sowjetischer Produktion beschossen hat. Doch Irak bestückte seine Raketen nur mit konventionellem Sprengstoff, obgleich chemische oder biologische Kampfstoffe befürchtet wurden. Deshalb wurde damals die ganze Bevölkerung mit Gasmasken ausgestattet. Die damals eingesetzten [Patriot-Luftabwehrraketen](#) erwiesen sich als begrenzt erfolgreich. „Die Kombination von Atombombe und einem Trägersystem in den Händen von Fanatikern mit tiefem Hass auf Israel, Juden oder Zionisten lässt uns nicht ruhig schlafen“, sagte ein [Experte in Israel](#), der ansonsten dem Iran einen „pragmatischen Realismus“ und keine „suizidale Absichten“ bestätigt.

Arafats Tod brachte eine Wende

Jassir Arafat hat über vierzig Jahre lang das Schicksal der Palästinenser geprägt. Wie kein Anderer in der modernen Geschichte, hat er ein namenloses Volk auf die Weltbühne gehievt und sich zum [weltweit bekannten Politiker](#) gemacht. Arafat ist politisch immer zweiseitig gefahren. Für ihn war Gewalt ein legitimes politisches Mittel. Gleichzeitig verstand er es, jede Niederlage, 1990 in Jordanien, 1982 in Beirut, 1991 sein Bündnis mit Saddam Hussein und zuletzt die [katastrophalen Auswirkungen der zweiten Intifada](#), in einen politischen Sieg umzumünzen. Die Arafat angehängten Titel



TATSACHEN & ARGUMENTE

Erzterrorist und Friedensnobelpreisträger waren für ihn kein Widerspruch. Die Ära Arafat endete mit seinem [Tod in Paris](#). Selbst sein Sterben war überschattet von Mythen, wie sie sein ganzes Leben begleiteten.

Die letzten Monate seines Lebens waren gekennzeichnet von einem Verlust seiner straffen Kontrolle, mit der er geschickt sein Volk lenkte. Potentielle Konkurrenten unter den Palästinensern (und in der Welt) spielte er gegeneinander aus. Er verfügte über [zwölf Geheimdienste](#), die er allein befehligte. Er schuf er mit Geld und persönlichen Befehlswegen Abhängigkeiten und absolute Treue bei seinen Untergebenen. Die Israelis kannten, nutzten und förderten seine Methode des Machterhalts, solange er mit ihnen kooperierte. Sie überwiesen für die Autonomiebehörde bestimmte Gelder auf Arafats [Privatkonto bei der Bank Leumi in Tel Aviv](#). Diese Korruption zerstörte die palästinensische Gesellschaft und schuf eine Schicht reicher Monopolisten, wogegen sich schon in den neunziger Jahren palästinensische Abgeordnete erfolglos auflehnten. Bei den europäischen Geberländern wurde der Missbrauch der Gelder erst zu einem Problem, als Kritik an der [Zweckentfremdung europäischer Steuergelder](#) aufkam. Arafats fatalster Fehler gegenüber den Israelis war die Ermordung von Tourismusminister [Rehabeam Zeevi](#) und die Aufnahme seiner Mörder in seinem Hauptquartier in Ramallah, der Mukata. Ab diesem Zeitpunkt stand Arafat unter israelischem Hausarrest. Die Amerikaner brachen mit Arafat erst, als er mit dem Schiff [Karine A](#) von Iran Waffen in den Gazastreifen schmuggeln liess und wenig später die Aufklärung der Ermordung amerikanischer Diplomaten im Gazastreifen verhinderte.

Die Erinnerung an Arafat ist im palästinensischen Gedächtnis erstaunlich schnell verblasst. Niemand tauscht mehr die vergilbten Plakate aus. Aber sein politisches Testament, im Kauderwelsch der 68-ziger Jahre in der niemals widerrufenen [PLO-Charta](#) festgeschrieben, bindet seine Nachfolger und blockiert Kompromisse. Auch lässt sich sein Machtgefüge nicht ohne Weiteres zerschlagen, zumal allein Arafat die geheimen Fäden der Macht gezogen hatte. Die Nachfolger Arafats stehen machtlos vor der Aufgabe, Licht in das Dickicht der gut geschmierten Korruption zu bringen, Getreue Arafats in Pension zu schicken oder die Kraft der selbstständig gewordenen



TATSACHEN & ARGUMENTE

Warlords und Familienclans mitsamt ihren Privatarmeen zu brechen. [Mahmoud Abbas](#) gibt Schwäche vor und Furcht vor einem Bürgerkrieg, wenn er sich unfähig oder unwillig erweist, die „Infrastruktur des Terrors“ zu zerschlagen. Abbas will die Gruppen politisch einbinden, ohne sie entwaffnen zu müssen.

Roadmap: Todgeburt, Vision oder politisches Instrument ohne praktische Bedeutung?

Im Nahen Osten hat es immer irgend einen [Friedensplan](#) gegeben. Sie hiessen nach ihren Erfindern, [Jarring](#), [Reagan](#), [Tenet](#) oder nach dem Ort ihrer Entstehung wie Oslo. Hinzu kommen nicht-staatliche Vorschläge wie die [Genfer Initiative](#). Man kann auch die UNO-Resolutionen [181](#), [194](#), [242](#), [\(deu\) 338](#) und [1559](#) dazuzählen. Mit schwammigen diplomatischen Formulierungen gaben sie einen Weg vor, ohne jedoch wörtlich umgesetzt werden zu können. Das gilt auch für die vom „Quartett“, bestehend aus USA, UNO, [EU](#) und Russland, im Jahr 2003 geschaffene „[Wegekarte zu einer Rückkehr zu Friedensverhandlungen](#)“. Die [Roadmap](#) enthält einen Zeitplan, der sich längst erübrigt hat, etwa 2003 die Errichtung eines „provisorischen palästinensischen Staates“.

Bis zur Schaffung eines neuen [Friedensplanes](#) müssen alle Parteien wenigstens vorgeben, die Erfüllung der Roadmap anzustreben. Denn das Eingeständnis des Scheiterns eines offiziellen Friedensplanes bedeutet ein gefährliches politisches Vakuum. Die Roadmap war notwendig geworden, nachdem in [Camp David](#) im [Juli 2000](#) der [Friedensprozess](#) von [Oslo](#) (nicht die Verträge selber) als „gescheitert“ galt.

Die Roadmap enthält zwei neue Elemente. Bisher hatten die Amerikaner ein Monopol in der Nahostvermittlung. Jetzt wurden der UNO, der EU und Russland eine gestaltende Rolle eingeräumt. Die Roadmap bedeutet eine Umkehrung der Philosophie der gescheiterten Osloer Friedensbemühungen. In Oslo glaubten die Israelis, durch Kooperation, Gesten, Kompromisse und dem Aufbau von Vertrauen Sicherheit zu erlangen. Spätestens mit Ausbruch der Intifada stellte sich das als Trugschluss heraus.



TATSACHEN & ARGUMENTE

Die Roadmap fordert Israel und die Palästinenser auf, alle Elemente der „Gewalt“ abzuschaffen. Die Palästinenser müssen die „terroristische Infrastruktur“ eliminieren. Israel muss „illegale Siedlungsvorposten“ räumen. Erst danach seien laut Roadmap die Bedingungen für eine Erneuerung der Friedensverhandlungen gegeben.

Die Räumung der Siedlungen in Gaza könnte als teilweise Erfüllung der Vorgaben der Roadmap betrachtet werden, wurde aber ausserhalb dieses Rahmens vollzogen, als „einseitiger Schritt“ und nicht als „Friedensgeste“. Mangels Fähigkeit oder Wille der Palästinenser, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, versuchen sie, die Roadmap zu überspringen und sofort zu [Endstatusverhandlungen](#) überzugehen. Israel jedoch glaubt angesichts des Chaos in den Palästinensergebieten, keine Garantie für eine friedliche Zukunft zu haben. Deshalb weigert sich Israel, territoriale Kompromisse einzugehen, die für die Errichtung eines palästinensischen Staates notwendig wären. Umgekehrt argumentieren die Palästinenser, dass Sicherheit für Israel erst geschaffen werden könne, sowie es für das palästinensische Volk einen „politischen Horizont“ und „Verhandlungen auf Augenhöhe“ gebe. Wegen dieser auf gegenseitigem Misstrauen begründeten Widersprüche blockieren sie gegenseitig eine Erneuerung des Friedensprozesses. Die Amerikaner und die EU üben sich deshalb in „[Konfliktmanagement](#)“. Sie bremsen offene Gewalt, ohne Schritte zur Konfliktlösung durchzusetzen.

Rückzug aus dem Gazastreifen

Mit dem einseitigen Rückzug aus Gaza hat Scharon Fakten geschaffen, deren Auswirkungen nicht abzusehen sind. Die wichtigsten Folgen in Stichworten:

Ogleich es schon im Sinai (Yamit) 1982 einen Präzedenzfall für einen Rückzug und die Zerstörung von [Siedlungen](#) gab, hat Scharon erstmals die Räumung und Zerstörung von Siedlungen in Palästina angeordnet, also jenem Gebiet, das die Siedler als ihr biblisches „Land Israel“ betrachten. Während der Gazastreifen in der Bibel „Philisterland“ heisst, befanden sich die [vier geräumten Siedlungen im Norden](#) des Westjordanlandes mitten im [biblischen Samaria](#). Scharon setzte so der Ideologie der



TATSACHEN & ARGUMENTE

[Siedler](#) ein Ende, wie übrigens zuvor schon [Jitzhak Rabin](#) mit den biblischen Städten [Sichem](#), [Jericho](#) und [Bethlehem](#), und Netanjahu mit der teilweisen Räumung von [Hebron](#), der Stadt der Erzväter.

Scharon stellte die Palästinenser vor vollendete Tatsachen. Die Schockwirkung des unerwarteten Rückzugs bremste die Intifada, zusammen mit dem Tod Arafats, der Wahl von [Mahmoud Abbas](#) zum Präsidenten und der Errichtung des Sperrwalls.

Die Palästinenser haben erstmals [ein separates und zusammenhängendes Territorium](#) unter ihrer Kontrolle. Israel und die Welt erwarten jetzt von ihnen, die Fähigkeit zur Errichtung einer Zivilgesellschaft, eines Machtmonopols der Autonomiebehörde und einem Ende der Gewalt zu beweisen. Die Palästinenser wenden ein, weiter unter israelischer Besatzung zu stehen, wegen Israels Lufthoheit, Grenzkontrollen, Besetzung umstrittener Territorien und mangelnder Verbindung zum Westjordanland. Laut dem palästinensischen Verhandlungsminister [Saeb Erekat](#) ist der Gazastreifen besetztes Gebiet, solange Israel Wasser und Strom liefert.

Mit dem Rückzug aus Gaza hat Scharon erstmals wieder der arabischen Welt (Ägypten) direkte Verantwortung und eine gewisse Kontrolle über palästinensisches Gebiet zu übertragen. Seit der Räumung der so genannten [Philadelphi-Achse](#), gibt es wieder eine direkte Grenze zwischen Palästinensern und einem arabischen Nachbarland. Ägypten muss im eigenen Interesse Waffenschmuggel in den Gazastreifen verhindern und für Ruhe sorgen.

Scharon setzte auch ein Zeichen für die Zukunft des Westjordanlandes, wo er mit dem umstrittenen Verlauf des [Sperrwalls](#) mutmasslich die künftige Grenzlinie zwischen Israel und dem palästinensischen Staat zieht. Die Palästinenser und der Internationale Gerichtshof halten den Verlauf des Sperrwalls für „illegal“, weil er an einer Stelle sogar bis zu 20 Kilometer in palästinensisch beanspruchtes Territorium hinein reicht, anstatt auf israelischem Gebiet parallel zur Grünen Grenze gezogen worden zu sein. An schon errichteten Grenzübergängen mit Warenumschnlagplätzen hängen Schilder mit der Aufschrift: „Passport Control“. Israel dürfte Siedlungen jenseits des Sperrwalls auf



TATSACHEN & ARGUMENTE

die Dauer nicht halten können oder wollen. Die grossen Siedlungsblöcke werden auf die israelische Seite geschlagen. Um das zu signalisieren, hat Scharon im Rahmen des Rückzugs aus Gaza auch vier Siedlungen in der biblischen Provinz Samaria räumen lassen und so fast den ganzen [Norden des Westjordanlandes](#) für eine palästinensische Übernahme frei gemacht. Nach einer Räumung des Jordantals würde Jordanien wieder eine direkte Grenze zu den ehemals von Jordanien annektierten Gebieten haben. Erkundungsreisen jordanischer Offiziere gab es schon. So bahnt sich eine Entwicklung in Richtung der Entstehung eines palästinensischen Staates an, der nicht mehr von Israel abhängt, sondern von den arabischen Nachbarstaaten Ägypten und Jordanien. Beide Länder waren zwischen 1949 und 1967 Besatzer dieser Gebiete und hatten palästinensische Unabhängigkeitsbestrebungen unterdrückt.

Status des geräumten Gazastreifens

Der Gazastreifen ist jetzt wieder ein im Völkerrecht nicht vorgesehenes Gebilde. Bis 1967 war der Gazastreifen ägyptisch besetztes Gebiet, ohne einem souveränen Staat zu gehören. Deshalb waren alle seine Bewohner bis zur Einführung palästinensischer Pässe staatenlos. Die Israelis haben ihre Besatzung für beendet erklärt, aber der Gazastreifen ist weder Staat noch Teil eines anerkannten Staates. Die Autonomiebehörde ist ein von Israels Gnaden errichtetes Zwischending mit Zutaten eines souveränen Staates wie Hymne und Flagge. Aber Israel behält sich eine Obervollmacht vor und kontrolliert die Aussengrenzen. Entsprechend der Abmachungen über eine Zoll- und Währungsunion will Israel auch den Warenverkehr in eigener Regie abwickeln.

Die Grenzübergänge Karni und Erez zwischen Israel und dem Gazastreifen wurden zu „Internationalen Grenzübergängen“ erklärt. Aber tatsächlich erhalten Ausländer bei der Aus- und Einreise dort keinen Stempel in den Pass. Und Palästinenser können weiterhin mit Magnetkarten und Sondergenehmigungen nach Israel wechseln, ohne Visa und Reisepass. Formal ist der Gazastreifen zum „Ausland“ erklärt worden, tatsächlich behandelt Israel ihn weiter wie Inland.



TATSACHEN & ARGUMENTE

Stellung Israels in der Welt

Das Ansehen Israels in der Welt hat während der Intifada wegen echter oder vermeintlicher Menschenrechtsverstösse, Kriegsverbrechen, „exzessiver Gewalt“, Landraub durch die Mauer und Kollektivstrafen gegen die palästinensische Bevölkerung schwer gelitten. Die Medienberichterstattung und einseitige Reports von Menschenrechtsorganisationen haben ein sehr [negatives Bild Israels](#) in der Welt verbreitet. Mit der relativen „Beruhigung“ der Lage, einem gegenseitig-einseitig ausgerufenen „Waffenstillstand“ im Februar 2005 und mit der Umsetzung des Rückzugs aus Gaza, konnte die israelische Diplomatie wieder Aufwind registrieren. Der bis dahin als „Haudegen“ und „Hardliner“ verrufene Scharon wurde wegen seines „mutigen Schrittes“ gelobt. Die notwendigen Absprachen mit Kairo wegen der Verantwortungsübernahme entlang der Grenze zum Gazastreifen bedeuteten ein Aufwärmen der Beziehungen. Eine ähnliche Annäherung gab es mit Jordanien. Geheimkontakte mit Pakistan führten zu einer ersten offenen Begegnung der Aussenminister und ähnliche Tendenzen gibt es mit Indonesien - dem grössten muslimischen Land - mit Irak, den Ölscheichtümern am persischen Golf, Tunesien und anderen arabischen oder muslimischen Ländern. Ein Boykott britischer Universitäten gegen akademische Einrichtungen in Israel wurde widerrufen. Gemäss einer [umstrittenen Umfrage](#) in EU-Ländern hielt eine Mehrheit der Europäer Israel für die „grösste Gefahr für den Weltfrieden“. Es scheint sich jedoch ein Wandel anzubahnen, der allerdings jederzeit wieder umschlagen könnte.

Stellung der Palästinenser in der Welt

Das Ansehen der Palästinenser hat unter der Intifada kaum oder gar nicht gelitten. Im Gegenteil. Sie verstanden es, sich geschickt als Opfer der Gewalt darzustellen, indem sie undifferenziert die [höheren Totenzahlen](#) aufwiesen, ohne zwischen Kämpfern und Zivilisten zu unterscheiden. Internationale Verurteilungen palästinensischer Attentate wurden meist ohne Nennung der Verantwortlichen formuliert. Aufrufe zur „Mässigung“ kamen erst, wenn auf Anschläge eine israelische Reaktion erfolgte. Da bei



TATSACHEN & ARGUMENTE

Selbstmordattentaten obskure oder bekannte Organisationen die Verantwortung übernahmen, wurden Arafat und seine Autonomiebehörde für das, was aus ihrem Gebiet oder gar von ihren Leuten ausging, kaum je verurteilt. Nachdem Arafat von Israel unter Hausarrest gestellt worden ist, weil er den Mördern des Tourismusministers Zeevi Asyl bot, wurde Arafat zum Opfer israelischer Willkür hochstilisiert. Keinen der ausländischen Gäste Arafats störte es, von Mördern den Tee serviert zu bekommen.

Der israelische „[Zaun gegen Terror](#)“ wurde international als „[Mauer](#)“ wegen „Landraub“ resp. Schikane gegen die palästinensische Bevölkerung verurteilt. Die israelische Begründung für seine Errichtung und sein Erfolg, [ein erheblicher Rückgang palästinensischer Terroranschläge](#), wurden als unglaublich abgetan. Das interne Chaos bei den Palästinensern, schon zu Lebzeiten Arafats, mitsamt Hinrichtungen, Mordanschlägen, Entführungen, Korruption und anderen Auswüchsen wurde in den Medien kaum oder gar nicht beschrieben: Palästinensische Journalisten wurde unter Drohungen verboten, das zu filmen und [ausländische Journalisten](#) wurden durch Entführungen eingeschüchert. In einer Analyse zum fünften Jahrestag der Intifada sagte ein israelischer Professor, dass die Palästinenser immer mehr Geld von der Weltgemeinschaft erhielten, je schlimmer die Verhältnisse wurden, die sie selber geschaffen hätten.

Arafats Popularität hat eine entscheidende Rolle gespielt beim Kampf der Palästinenser um das Wohlwollen und Verständnis der Welt für ihre Sache. Auch die Tatsache, dass die Palästinenser den jüdischen Staat Israel als Widersacher hatten, dürfte unbewusst von Bedeutung sein, denn es gibt genügend unterdrückte und besetzte Völker in der Welt, von denen man niemals etwas hört: Etwa die Menschen aus der [marokkanisch besetzten Westsahara](#), die versuchen, einen 6 Meter hohen, elektronisch gesicherten Sperrwall unter Todesgefahr zu überwinden, um in die spanisch besetzten Städte [Ceuta und Melilla](#) auf marokkanischem Boden zu fliehen.

Gemäss dem britischen Minister für Nahostangelegenheiten [Kim Howells](#) erhalten die Palästinenser „weltweit die höchste pro Kopf Finanzhilfe auf der ganzen



TATSACHEN & ARGUMENTE

Erdoberfläche“. Im Gegensatz zu Entwicklungsprojekten in anderen Ländern wird von den Palästinensern keine finanzielle Beteiligung an Projekten gefordert. Die [Europäer genehmigen](#) die Errichtung von Kläranlagen, Hospitälern und Kulturzentren, sowie sich die Palästinenser „verpflichten“, alle „Folgekosten“ selber zu tragen.

Die wirtschaftliche Zukunft des Gazastreifens

Die Armut im [Gazastreifen](#) ist augenfällig, nicht erst seit Ausbruch der Intifada ab Oktober 2000. Unverputzte Häuser, knapp einen Meter breite Gassen mit offen fließender Kloake in den Flüchtlingslagern und unbeschreibliche Mengen Abfall, wohin das Auge reicht. Eselskarren wechseln sich ab mit teuren Limousinen.

Der Gazastreifen mit etwa 1,4 Millionen Einwohnern ist winzig: nur 360 Quadratkilometer gross. Der Landstreifen grenzt elf Kilometer lang an Ägypten und 51 Kilometer an Israel. Hinzu kommen 40 Kilometer schönster Sandstrand am Mittelmeer. In Gaza drängen sich 3.090 Menschen auf einen Quadratkilometer. Doch Bevölkerungsdichte allein ist kein Grund für Elend, denn sechs Länder sind noch dichter besiedelt: Macao, Monaco, Hongkong, Singapur und Gibraltar.

In der Altersstruktur schlägt nur Uganda den Gaza-Streifen. Mit 48 Prozent unter 14 Jahren bedeutet Kindersegen einen Fluch. Die gleiche [Statistik](#) liefert mit 3,77 Prozent Bevölkerungswachstum weltweit die höchste Geburtenrate nach Afghanistan und dem französischen Überseedepartement Mayotte. 81 Prozent leben unter der Armutsgrenze. Kein Wunder bei vermutlich 60 Prozent Arbeitslosigkeit und einem Brutto sozialprodukt von 558 US\$ (457 Euro) per Capita. Im Vergleich zu den ärmsten Ländern der Welt bildet der Gaza-Streifen ein Schlusslicht.

Bisher war Gazas grösstes Kapital die billige Arbeitskraft. Bis zu 122.000 Männer aus Gaza wechselten täglich nach Israel zur Tagelöhnerarbeit. Solange es kaum Terror gab, war der Zugang unkontrolliert. Mit der Rückkehr Yasser Arafats nach Gaza begannen israelische Schliessungen. Ein elektronischer [Zaun](#) um Gaza schleuste den



TATSACHEN & ARGUMENTE

Menschenverkehr durch den Erez-Übergang. Mit Zunahme der Terroranschläge wurden die Kontrollen härter und langwieriger. Immer weniger Palästinenser erhielten eine Magnetkarte. Schliesslich versickerte der Strom völlig.

Eine beschränkte Alternative boten Industrieparks im Grenzgebiet. Israelische Unternehmer profitierten von billiger palästinensischer Arbeitskraft, während den Palästinensern die mühselige Reise nach Israel erspart blieb. Bis Anfang 2005 „blühte“ das Erez-Industriegebiet. 4.000 Palästinenser verdienten halb so viel wie in Israel, aber doppelt so viel wie in Gaza, wo es kaum Arbeitsplätze gibt. Nach Selbstmordattentaten und Raketenangriffen wurden die Palästinenser entlassen und das Industriezentrum geschlossen.

Neben 112.000 Tonnen Kochgas und 660 Millionen Kilowattstunden Strom bezieht der palästinensische Gazastreifen 13 Millionen Kubikmeter Wasser aus Israel.

Grosse, aber wohl wenig reale Hoffnungen setzen die Palästinenser in den Tourismus. Der Strand könnte Besucher anlocken, aber die radikalislamische Hamas will keine Bikinis dulden. Ob europäische Frauen sich mit knöchellangen Gewändern in die Wellen stürzen mögen während ihre Männer auf erfrischendes Bier verzichten müssen, wegen des islamischen Alkoholverbots, darf bezweifelt werden.

Innenpolitik Israel

Wegen Scharons Rückzugsbeschlusses ist innenpolitisch in Israel eine absurde Situation entstanden. Die linke Opposition stellt die rechte Regierung während die rechte Regierungspartei in die Opposition gegangen ist. Als Scharon entschieden hat, die linke Politik der [Arbeitspartei](#) zu befolgen, hat diese sich bereit erklärt, ihm durch Regierungsbeteiligung ein Fangnetz zu spannen. Scharons getreueste Gefolgsleute hingegen „meuterten“, allen voran Finanzminister [Benjamin Netanjahu](#). Die „Meuterer“ innerhalb der [Likudpartei](#) fochten Scharons Beschluss aus ideologischen Gründen an.



TATSACHEN & ARGUMENTE

Scharon habe gegen den Willen der Partei und des „Volkes“ gehandelt. Obgleich in Israel allein das Parlament der Souverän ist und Volksbefragungen, anders als in der Schweiz, in Israel nicht üblich sind, versuchten die „Meuterer“, Scharon und seine Politik durch eine Volksbefragung zu Fall zu bringen. Trotz der Vorwürfe, Scharon habe „diktatorische Methoden“ angewandt und trotz der massiven Gegendemonstrationen, gelang es, den Rückzug ohne den befürchteten Bürgerkrieg zu vollziehen. In der Likudpartei gelang es Scharon, den internen Machtkampf zu seinen Gunsten zu entscheiden.

Gleichwohl steht Scharons [Koalition](#) auf wackeligen Beinen, denn die linke [Arbeitspartei](#) hat sich nur für den erfolgten Rückzug hergegeben. In der Gesellschaftspolitik und in anderen Bereichen blieben die alten Gegensätze bestehen. Die üblichen Kategorien von „links“ und „rechts“ sind in Israel aufgeweicht. Bei Neuwahlen dürfte sich die Israels Parteienlandschaft neu sortieren müssen. Eine Spaltung des Likud ist nicht auszuschliessen. Die Arbeitspartei muss sich neu profilieren, nachdem Scharon jene Politik umgesetzt hat, wozu Rabin, Peres, Barak und Mitzna unfähig waren. Zudem leidet die Arbeitspartei an Führungsschwäche. Der neugewählte Parteiführer und Gewerkschaftschef [Amir Peretz](#) setzt völlig neue Akzente und fordert sofortige Neuwahlen. Doch sein forsches Vorgehen in den ersten Tagen nach seiner Wahl wurde schon durch taktische Fehltritte gedämpft. Die religiösen Parteien, allen Voran die ehemals so populäre [Schasspartei](#), bieten kein attraktives politisches Programm und dürften deshalb nur wieder von ihren Stammwählern bedient werden. Die weltliche [Schinui](#) Partei der Saubermänner hat sich durch einen internen Korruptionsskandal ins Abseits manövriert.

Innenpolitik Palästinenser

Ende Januar stehen bei den Palästinensern Neuwahlen zum Parlament aus. Zum letzten Mal gab es Parlamentswahlen 1996. Bei jenen Wahlen vor fast zehn Jahren verweigerte die islamistische Hamasbewegung die Beteiligung, in Wirklichkeit, um nicht ihre Schwäche blosszustellen. Nach Aussen gab sie vor, dass die



TATSACHEN & ARGUMENTE

Parlamentswahlen im Rahmen der Osloer Verträge stattfänden und eine Anerkennung des Existenzrechts Israels implizierten. Dieser rechtliche Hintergrund existiert heute genauso, weshalb Israel laut Osloer Verträge im Falle einer Hamasbeteiligung die Wahlen als „Vertragsbruch“ betrachten könnte. Die Hamas hingegen fürchtet keine Niederlage mehr. Sie glaubt, jetzt mit demokratischen Mitteln Macht zu erlangen und so ihre Politik besser durchsetzen zu können.

In der Zwischenzeit ist mit demokratischen Wahlen der Nachfolger Arafats, Mahmoud Abbas, gewählt worden. Ebenso wurden Kommunalwahlen abgehalten. In Tulkarem und Qalqilya unterlag die traditionell starke Fatah-Partei der islamistischen Hamas. Der [Bürgermeister von Bethlehem](#), ein katholischer Christ der weltlichen [PFLP](#), wurde mit den Stimmen der Hamas im Stadtrat gewählt. Vor Allem wegen Korruptionsvorwürfen und Misswirtschaft hat die Fatahpartei in weiten Kreisen der Bevölkerung das Vertrauen verloren. Die Hamas gilt als unbestechbar und gradlinig. Anderen Gruppen wird keine Chance eingeräumt. So bleibt den Palästinensern die Wahl zwischen einer korrupten Partei, die den Friedensprozess mitgetragen hat und einer „sauberen“ Partei mit extremistischer Ideologie, die zu Friedensverhandlungen kaum befähigt wäre.

Wehrpflicht und Wehrdienstverweigerung

Trotz allgemeiner Wehrpflicht dient nicht jeder Israeli. Aus politischen Rücksichten bleiben orthodoxe Juden vom Wehrdienst befreit, solange sie sich exklusiv dem Studien der Heiligen Schriften widmen. Das Heer der arbeitslosen Ultraorthodoxen, die von Sozialhilfe leben, wurde so gross, dass man Alternativen ausarbeitet, darunter Militäreinheiten für Fromme, ohne Mischung der Geschlechter und mit Tora-Studium. Zudem benötigt die Armee fromme Soldaten, als Koscher-Wächter oder für die Behandlung toter Soldaten. Manche Ultraorthodoxe dienen heimlich, ohne es ihren Familien zu sagen, um einen Beruf ergreifen zu können.

Während [Beduinen](#) und [Drusen](#) eingezogen werden, sind israelische [Araber](#) vom Dienst befreit. Einige [Christen](#) und Moslems melden sich freiwillig, um nicht aus „Sicherheitsgründen“ von Berufen ausgesperrt zu sein. Ebenso besteht ein Wille, sich



TATSACHEN & ARGUMENTE

in die jüdisch-israelische Gesellschaft zu integrieren. Um die Araber besser zu integrieren, wird über Zivildienst für Araber nachgedacht.

Verweigerung aus Gewissensgründen, Dienst mit der Waffe zu leisten, kommt in Israel selten vor. Für solche Einzelfälle wie für Schwerbehinderte, bietet die israelische Armee Bürodienst, damit sich die jungen Menschen nicht ihre berufliche Zukunft verbauen. Bis heute wird bei Arbeitsbewerbungen nach dem Militärdienst gefragt.

Politische [Wehrdienstverweigerung](#) hat es in Israel immer gegeben. Weltweites Aufsehen erregten 2003 [Reservisten](#), ehemalige Angehörige der Eliteeinheit „[Sajeret Matkal](#)“ und [Piloten](#). Sie setzten neben ihre Unterschrift ihre Militärränge. Die Unterzeichner befürworteten den Militärdienst und hoben ihren „zionistisch-patriotischen Willen“ hervor, das Land zu verteidigen.

In den ersten Briefen ging es um die Weigerung, in besetzten Gebieten zu dienen. Die Piloten wollten nicht „illegale und unmoralische Befehle“ ausführen, darunter „Luftangriffe auf zivile Bevölkerungszentren“. Dieser Brief vom Dezember 2003 wurde auf dem Höhepunkt der Liquidierungskampagne gegen Hamas-Führer veröffentlicht. Die Unterzeichner wurden aus dem Reservedienst entlassen und aufgefordert, ihre Unterschrift zu widerrufen. In der Regierung und in der Armeespitze herrschte Empörung, weil es gemäss stehenden Befehlen ohnehin verboten sei, „illegale und unmoralische Befehle“ auszuführen. Yiftah Spector, der prominenteste Unterzeichner, erklärte in einem [Interview](#), dass der Brief „missverstanden“ worden sei: Die Piloten weigerten sich keineswegs, „gezielte Tötungen gegen Terroristenführer“ auszuführen.

Mit dem Rückzug aus Gaza kam eine Welle von Verweigerungen aus dem rechten Lager. Rückzugsgegner wollten nicht dem „illegalen“ Befehl Folge leisten, „Juden zu vertreiben“.

Bei der Verweigerung von Besatzungs- oder Rückzugsgegnern liegt das Problem in einer Politisierung der Armee. In Israel, wie in jeder funktionierenden Demokratie, haben die Sicherheitskräfte Weisungen der Regierung auszuführen und sich an die Gesetze zu halten. Jedem General steht frei, die Uniform auszuziehen, sich nach einer



TATSACHEN & ARGUMENTE

vorgeschriebenen Abkühlungsphase in die Politik zu begeben und dann im Rahmen der Demokratie für seine Ansichten zu kämpfen. Politische Äusserungen von Militärs bedeuten im schlimmsten Fall Meuterei oder Militärputsch.

Bei rechten wie frommen Befehlsverweigerern besteht zudem das Problem einer doppelten Loyalität. Rabbiner, teilweise in Staatsdiensten, riefen Soldaten dazu auf, den „Befehlen Gottes“ zu folgen und nicht ihrer Offiziere. Die Räumung von Gaza widerspreche der „Halacha“ (dem Religionsgesetz).

Allen Kritikern der Regierungspolitik steht zudem der Weg einer Klage beim Obersten Gericht frei, wenn sie meinen, dass die Liquidierungen oder die Siedlungsräumungen „illegal“ seien. Es hat Fälle gegeben, wo die Oberrichter den Klägern stattgegeben haben. Die umstrittenen Liquidierungen und Siedlungsräumungen wurden vom Obersten Gericht mit der Begründung legitimiert, dass militärisches Vorgehen beim Kampf gegen Terror oder der Rückzug politische und nicht rechtliche Fragen seien.

Die Vision von zwei Staaten in Palästina

Die palästinensische Forderung nach einem eigenen Staat in ganz Palästina steht noch in der 1964 verfassten und niemals wirklich widerrufenen [PLO-Charta](#). Sie strebt eine Zerstörung Israel an. Erst nachdem Arafat 1988 verkündet hat, sich mit dem Westjordanland und dem Gazastreifen für die Errichtung eines eigenen Staates zu begnügen und Israel anzuerkennen, öffnete sich der Weg zunächst für eine Anerkennung der PLO durch die USA und mit den Osloer Verträgen auch durch Israel. Gleichwohl haben vor Scharon israelische Regierungschefs niemals das Wort „Palästinensischer Staat“ in den Mund genommen, weder Rabin noch Peres oder Barak, wenn sie von einem nicht weiter definierten „Endstatus“ redeten.

Präsident George W. Bush hat am 24. Juni 2002 seine [Vision](#) von zwei Staaten in Palästina verkündet. Diese [Rede](#), in der die Palästinenser zur Beendigung des Terrors und zu inneren Reformen aufgerufen wurden, ist die Grundlage der Roadmap und zum Pflichtprogramm von Israel und den Palästinensern geworden. Scharon hat die Vision von Bush in einer [Rede](#) im Dezember 2002 bestätigt, will aber dem palästinensischen



TATSACHEN & ARGUMENTE

Staat Beschränkungen auferlegen, darunter eine Entmilitarisierung, israelische Lufthoheit, Kontrolle der Aussengrenzen sowie ein Verbot, Bündnisse mit Feinden Israels zu schliessen.

Der einseitige Gazarückzug Israels bedeutet für die Palästinenser eine Herausforderung, wenigstens in diesem Gebiet Recht und Ordnung einzuführen, um der Welt zu beweisen, dass sie zur Führung eines Staates ohne Attacken auf das Nachbarland fähig seien. Israel will bis Ende 2005 den Bau des Sperrwalls vollenden, entsprechend der von Sharon angekündigten „[Abtrennungspolitik](#)“. 16 grosse und moderne Grenzübergänge sind schon fertig gestellt oder im Bau. Alles weist darauf hin, dass Israel sich hinter diese „Grenze“ zurückziehen und dann die Palästinenser ihrem Schicksal überlassen will. Das würde eine Räumung der meisten Siedlungen jenseits des Zaunes nach sich ziehen. Ob Israels „Unilateralismus“ zu einem selbstständigen palästinensischen Staat mit friedlicher Kooperation mit Israel führen kann, wird bei Israelis wie Palästinensern bezweifelt.

Unklar ist auch das Verhalten von Ägypten und Jordanien. Im Falle offener Grenzen zu den Palästinensergebieten würden sie an der politischen Zukunft dieser Gebiete aus eigenem Interesse mitwirken wollen. Bis 1967 duldeten sie keine palästinensische Selbstständigkeit und auch heute noch ist das Misstrauen grösser als öffentlich eingestanden.



Links

Israel

[Aussenministerium](#)

[Botschaft in Berlin](#)

[Botschaft in Bern](#)

[Botschaft in Wien](#)

Palästina

<http://www.palaestina.org/>

<http://www.pnic.gov.ps/english/president/english.html>

<http://www.pna.gov.ps/>

Chronik und Links zu Persönlichkeiten:

<http://www.arenion.de/israelc.html>

EU und Nahost:

http://intact-climate.swp-berlin.org/pdf/ap/S28_03.pdf

<http://www.nahostfocus.de/page.php?id=692>

Roadmap:

<http://www.diak.org/Aleitseiten/leitseite%20%20Road%20Map.htm>

PLO

http://www.palaestina.org/dokumente/plo/palaestinensische_nationalcharta.pdf

Umstrittene Territorien

http://encarta.msn.com/text_701509043_1/Disputed_Areas.html



präsentiert von

BNAI BRITH

AUGUSTIN KELLER-LOGE ZÜRICH

TATSACHEN & ARGUMENTE

Gaza

http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=1350

eine Publikation der Anti Defamation (ADL) Kommission von Bnai Brith Zürich

weitere Beiträge und Aktualisierungen auf dem Internet:

www.anti-defamation.ch

19.11.05

Seite 25 von 34



Argumente

Will Scharon nach Gaza seinen Griff auf das Westjordanland festigen?

Scharon habe den Rückzug aus Gaza beschlossen, um seinen Zugriff auf das Westjordanland zu festigen. Kritiker behaupteten, dass die Gaza-Siedler deshalb ins Westjordanland umgesiedelt würden. Die [Gazasiedler](#) zogen aber fast ausnahmslos ins Kernland Israels. Scharon liess zudem [vier Siedlungen](#) im Norden des „biblischen“ Westjordanlandes räumen. Fakten scheinen keinen Einfluss auf Meinungen zum Nahen Osten zu haben, besonders bei Scharons angeblichen „wahren Absichten“.

Israel hielt 28 Jahre lang den Gazastreifen und die Westbank besetzt. In den besetzten Gebieten leben über [250.000 israelische Bürger](#). Es gab keinerlei militärischen Zwang, weshalb Israel plötzlich unfähig gewesen wäre, seine Siedler im Gazastreifen zu halten. Der Rückzug aus Gaza und dem [Norden des Westjordanlandes](#) muss im Rahmen des umfassenden politisch motivierten „Abkopplungsplans“ gesehen werden und nicht als plötzliche Schwäche Israels. Scharon hat sich der Vision eines palästinensischen Staates des Präsidenten George Bush angeschlossen, wollte aber die künftigen Grenzen Israels gemäss seinen Vorstellungen festlegen und nicht gemäss der Erwartungen der Palästinenser.

Der Ausbau von Städten wie [Ariel](#), [Maaleh Adumim](#) und [Efrat](#) entspricht der Politik, „Siedlungsblöcke“ am Rande des Westjordanlandes zu behalten. Israel hat niemals einem Rückzug aus „allen“ besetzten Gebieten zugestimmt. Entsprechend der UNO-[Resolution 242](#) beansprucht Israel das Recht auf Grenzkorrekturen. In der Resolution ist im bindenden englischen Text die Rede von einem Rückzug „[from territories](#)“ und nicht „from the territories“. Gemäss dem [Clinton-Plan](#) vom Dezember 2000, der von Israel sofort und von [Arafat mit Verspätung](#) akzeptiert wurde, dürfe Israel etwa 5 Prozent des Westjordanlandes behalten.



TATSACHEN & ARGUMENTE

Der Sperrwall (Zaun/Mauer) ist in Wirklichkeit eine politische Grenze

Israels Forderung, militärstrategisch wichtige Hügel behalten zu wollen, mag einleuchten. Ehud Barak erklärte jedoch bei einer internationalen Pressekonferenz im Dezember 2000, dass Israel die Siedlungsblöcke beanspruche, „um die Araber zu strafen, dass sie 1948 Krieg gegen Israel führten und verloren“¹.

Sollte der Verlauf des Sperrwalls dem [künftigen Grenzverlauf](#) entsprechen, würde dies eine Räumung von etwa 95 Prozent des Westjordanlandes bedeuten. Jederzeit widerrufbare Fakten werden geschaffen, aber der Premierminister Israels kann es aus innenpolitischen Rücksichten nicht verkünden. In der israelischen Demokratie müssen Regierungsbeschlüsse vom Parlaments bestätigt werden. Deshalb wird auch vom Verhalten der Palästinenser abhängen, ob und wann sich Israel zu den nächsten Schritten entscheidet. Im Falle weiterer Gewalt dürften sich israelische Regierungen schwertun, Territorien abzugeben, die jüdische Ballungszentren bei Tel Aviv gefährden oder von Strella-Flugabwehrraketen (maximal 5 Kilometer Reichweite) bedroht werden könnten, wie der internationale Ben Gurion Flughafen. Nur wenige Flugpassagiere bemerken, dass El Al Flugzeuge vom Meer kommend mit dem Wind landen, also aus Sicherheitsgründen einen Überflug des Westjordanlandes vermeiden. In Rom, Kairo und in [Kenia](#) wurde schon versucht, israelische Passagierflugzeuge mit geschulterten Raketen abzuschiessen.

Es liegt auf der Hand, dass die Palästinenser Einspruch gegen diese unilateralen Schritte Israels erheben und mit Verweis auf das Völkerrecht versuchen, sie zu verhindern. Der politische Kampf zwischen Israel und den Palästinensern mit Fakten vor Ort, der Macht des Stärken und dem Terror als Waffe des Schwachen ist noch nicht ausgestanden.

¹ Eine Tonbandaufnahme dieser Äusserung Baraks liegt beim Autor vor.



Trieb Israel die Amerikaner, Irak zu erobern?

Zu den klassischen antisemitischen Verschwörungstheorien gehört der Glaube an eine jüdische Allmacht und jüdischen Einfluss auf die amerikanische Regierung. Allein die Existenz jüdischer Beamter in Washington reicht aus, die Beschlusskraft und Denkfähigkeit aller nicht-jüdischen Entscheidungsträger in Frage zu stellen, darunter des deutschstämmigen Verteidigungsminister Rumsfeld, der afroamerikanischen Condoleezza Rice oder des Texaners George Bush. Genauso absurd war die Annahme, dass Amerika einen billigen Krieg führte, um sich am irakischen Öl zu bereichern. Der Beschluss Washingtons, Krieg gegen Irak zu führen, entsprach amerikanischen Interessen, definiert von der Regierung unter George Bush. Die Tatsache, dass Israel und die USA gemeinsame Interessen haben, ähnliche (demokratische) Werte pflegen und fast identische Ansichten über Terror haben, bedeutet nicht, dass Israel den Amerikanern „Befehle“ erteilen könnte, gegen die eigenen Interessen zu handeln. Weder der Pentagon, noch die amerikanische Rüstungsindustrie, Coca Cola oder Microsoft, wurden je verdächtigt, jüdisch unterwandert zu sein. Ebenso wird Israels Angst vor einer iranischen Atombombe längst auch von Europa und den Amerikanern geteilt, seitdem klar ist, dass iranische Raketen neben Tel Aviv auch Rom, Berlin, Bagdad und Kuwait treffen können.

Ist Demokratisierung eine moderne Form von US- Imperialismus?

Demokratisierung ist neben Wirtschaftshilfe, militärischer Unterstützung und politischer Beeinflussung bestenfalls nur ein „imperialistisch-amerikanisches“ Mittel von vielen.

Die Ansicht, dass Mitspracherecht der Bevölkerung einer arabischen oder muslimischen „Mentalität“ widerspräche, vertreten nur Anhänger von Diktatoren. Denn die Alternative zu Demokratie bedeutet Unterdrückung von Freiheit und die Verfolgung von Andersdenkenden. Und welcher Gegner von Demokratisierung würde ernsthaft behaupten, dass allein Tyrannen das Wohl ihrer Völker kennen?

Nur demokratische oder halb-demokratische Länder sind im Stande, Kompromisse einzugehen und einen Konsens aufzubauen, um bei ihrer Bevölkerung einen Frieden



TATSACHEN & ARGUMENTE

mit Kriegsgegnern populär zu machen. Kein Land wäre gut beraten, mit einem Kriegsgegner „Frieden“ zu schliessen, den nur der machthabende Diktator befürwortet, nicht aber das Volk.

Ägypten und Jordanien haben mit Israel Frieden geschlossen. Israel unterhält inzwischen mit vielen muslimischen wie arabischen Ländern Beziehungen. Irak, Libanon, Malaysia, Pakistan und Andere deuten die Möglichkeit einer Anerkennung Israels an. Nur noch wenige Länder wie Syrien oder Saudi Arabien, [verweigern Juden mit fremdem Pass und Israelis die Einreise](#).

Hat der Irakkrieg dem Terror erst recht Auftrieb gegeben?

Der 11.9. war eine klassische Kriegserklärung im Sinne des Völkerrechts. Die Taliban in Afghanistan beschützten Osama bin Laden und wurden so zum Mittäter. Bei Irak war der Fall weniger eindeutig. Die amerikanische Invasion in Irak hat zu einer präzedenzlosen Häufung terroristischer Attacken geführt. Viele der „[Insurgents](#)“ waren Ägypter, Palästinenser, Jordanier, Jemeniten und Extremisten aus anderen Ländern. Sie wurden über Syrien in den Irak geschleust. Ob die amerikanische Invasion Vorwand oder Auslöser für die Gewalt war oder eine Gelegenheit, jetzt alle Kräfte gegen die Amerikaner zu richten, ist unklar. [Arabischen Terror](#) gab es lange vor der Invasion des Irak, in Kenia, New York, Israel, Jemen und anderswo. Längst ist der irakische Terror eher ein Instrument des inneren Machtkampfes der [Sunniten gegen Kurden und Schiiten](#) geworden, also von Arabern gegen Arabern, Moslems gegen Moslems. Die ersten [Selbstmordattentate](#) wurden 1982 in Beirut gegen amerikanische Friedenstruppen verübt. Es folgten weltweit [Terroranschläge](#) zu einer Zeit, als noch niemand über Irak redete. [Terror mit zehntausenden Toten](#) gab es in Sri Lanka und in Tschetschenien. Islamistischer oder arabischer Terror hat vor der Invasion des Irak zehntausenden Menschen das Leben gekostet. Der massive Terror im Irak bewirkte möglicherweise sogar ein Nachlassen des Terrors in anderen Weltgegenden, obgleich Istanbul, Madrid, London und Bali beweisen, das dieser Terror trotz oder wegen Irak jederzeit und überall zuschlagen kann.



TATSACHEN & ARGUMENTE

Wie relevant ist der Einfluss elektronischer Medien?

[Al Jazeera](#), [El Arabia](#) und andere Fernsehsender werden in der gesamten arabischen Welt empfangen. Al Jazeera mit Sitz in Qatar hat erstmals kontroverse Themen wie Frauenrechte aufgegriffen und Oppositionelle aus der arabischen Welt zu Wort kommen lassen. Sogar der „Erzfeind“ Ariel Scharon kam bei Al Jazeera unzensuriert zu Wort. Al Jazeera hat Tabus gebrochen. In den verschlossenen Ländern mit diktatorischen Regimen kann das demokratische Entwicklungen auslösen. Fragwürdig ist der direkte Draht von El Jazeera zu Osama bin Laden und El Kaeda. Al Jazeera spielt in der arabischen Welt durchaus eine mehrdeutige Rolle, als Tabubrecher und Propagandist, etwa wenn der Sender vier Stunden lang den [Mehlis-Report](#) über die syrische Rolle beim Rafik Hariri-Mord verlesen lässt. Für Damaskus ist das anti-syrische Propaganda, für Beirut ist es die Verbreitung einer bitteren Wahrheit.

In der arabischen Gesellschaft mit ihrem hohen Anteil [Analphabetismus](#) spielt das Fernsehen eine ungleich grössere Rolle als die Printmedien. Selbst bei den vergleichsweise gebildeten Palästinensern lesen nur 13 Prozent eine [Zeitung](#).

Wie unterschiedlich die Medien wirken, zeigen drei Massaker der Vergangenheit. 1982 erhielt das Massaker in [Sabra und Chatillah](#) mit etwa 1000 Toten wegen freiem Zugang der Medien maximale Öffentlichkeit. Das Abschlachten von 30.000 Moslebrüdern und die Zerstörung der Stadt [Hama](#) in Syrien ein paar Monate später wurden erst lange danach bekannt. Es hat kaum jemanden bewegt, geschweige denn Reaktionen ausgelöst. Die palästinensische Stadt [Jenin im Jahre 2002](#) ist ein kuriose Gegenbeispiel. Der Mangel an Informationen und Fernsehbildern schürte in der Welt Gerüchte über ein [Massaker](#) mit „Hundertern“ oder „Tausenden“ Toten. Eine [UNO-Untersuchung](#) stellte fest, dass „nur“ 52 Palästinenser Opfer israelischer Kriegshandlungen wurden, zwei Drittel davon bewaffnete Kämpfer. Die weltweite Medienbehauptung eines Massakers blieb im „öffentlichen Gedächtnis“ haften, während die Resultate der UNO-Untersuchung kaum beachtet wurden. Die Propaganda über das [angebliche Massaker](#) in Jenin geht weiter, obgleich die



TATSACHEN & ARGUMENTE

„Hundert Tote“ selbst in [offiziellen palästinensischen Statistiken](#) keinerlei Niederschlag finden.

Blockieren die Zustände in Libanon und Syrien eine Friedenslösung?

Im Mai 2000 hat sich Israel aus [Libanon](#) zurückgezogen. Syriens Armee und Geheimdienst kontrollierten bis März 2005 das Zedern-Land. Das mutmasslich vom syrischen Geheimdienst ausgeführte Attentat auf den anti-syrischen Politiker Rafik Hariri löste die „[Zedernrevolution](#)“ in Beirut aus. Zusammen mit Drohungen des [UNO-Sicherheitsrats](#) zwang sie die Syrer zum Abzug ihrer Truppen.

Die Bevölkerung des Libanon dürfte seine Kraft aus dem Demokratisierungsprozess im Irak, in Palästina und anderswo bezogen haben. In Syrien herrscht immer noch ein verknöchertes Regime. Der unerfahrene und politisch ungeschickte Baschar Assad hat das Land von seinem Vater Haffes El Assad geerbt. Sollte die [UNO-Untersuchung zum Hariri Mord](#) nachweisen, dass Syrien hinter dem Attentat stand, könnte es das Ende des Assad-Regimes bedeuten. Während die Amerikaner offen über einen Regimewechsel in Damaskus reden, ist Israel eher an einem geschwächten Assad interessiert. Angesichts der unklaren Lage kann niemand vorhersehen, ob ein geschwächter Assad Frieden mit Israel anstreben könnte, um sein Regime zu retten. Andererseits weiss niemand, was nach Assad kommen könnte.

Wo bleibt der russische Machtfaktor?

Die Sowjetunion hatte traditionelle „Klienten“ im Nahen Osten. Moskau unterstützte sie politisch und rüstete sie mit Waffen aus. Der Kalte Krieg wurde mit Stellvertreterkriegen im Nahen Osten ausgetragen. 1973, infolge einer drohenden Niederlage Israels nach dem [ägyptisch-syrischen Überraschungsangriff](#) vom 6. Oktober (Yom Kippur) machten [Moskau und Washington ihre Atomwaffen scharf](#). Ägypten brach rechtzeitig mit der UdSSR, aber Länder wie Libyen und Syrien hielten an der UdSSR fest und gerieten ins Hintertreffen. Politisch waren sie nunmehr isoliert. Der kostenlose Waffennachschub blieb aus. Moskau forderte die Bezahlung von Altschulden und verlangte Barzahlung



TATSACHEN & ARGUMENTE

für Ersatzteile. Wirtschaftlich marode Länder wie Syrien liessen ihre konventionelle Armee verkommen und setzten auf Scudraketen aus [Nordkorea](#) und auf die Produktion von [biologischen wie chemischen Waffen](#). Libyens Alternative war ein Eingeständnis terroristischer Aktivitäten und eine Öffnung des Landes an Amerika. Das politisch schwache Russland ist keine Alternative mehr für ein Bündnis mit der einzigen Supermacht.

Gleichwohl versucht Moskau diplomatisch Einfluss zu gewinnen. Grundstücke der so genannten [weiss-russischen Kirche](#) in Jerusalem und in den palästinensischen Gebieten will [Moskau](#) unter seine Kontrolle zu bringen. Mit der [Road Map](#) will auch Moskau diplomatisch wieder Fuss fassen. Bei wichtigen Entwicklungen der letzten Jahre (Irakkrieg, Nahostkonflikt oder Irans Atompolitik) waren russische Aktivitäten kaum zu erkennen.

Besteht ein Zusammenhang zwischen dem Nahostkonflikt und der Islamisierung Europas?

Der gewachsene Anteil von Moslems an der Bevölkerung Europas hat unterschiedliche Ursachen und unvorhersehbare Auswirkungen. Nach fast 2000 Jahren lösten Moslems die Juden als [grösste nicht-christliche Minderheit](#)² Europas ab. Nach Deutschland wanderten vor Gstarbeiter aus der Türkei ein. In die [Schweiz](#) kamen auch Nordafrikaner. In Frankreich, Holland und Grossbritannien dominieren muslimische Einwanderer aus ehemaligen Kolonien. Anfänglich bildeten diese vorwiegend Arbeit suchenden Menschen nur ein soziales Problem. Ein kultureller Konflikt und politischer Einfluss blieb aus, weil sich diese Einwanderer nicht in die europäischen Gesellschaften integrierten.

Erst mit dem Aufkommen der Islamisten forderten sie Mitspracherecht und versuchten, die Nahostpolitik ihrer Gastländer zu ändern. Muslims mutierten zum [Wählerpotential](#),

² Das deutsche Bundesamt für Statistik erfasst unter „[Religionszugehörigkeit](#)“ nur Protestanten, Katholiken und Juden, nicht aber Moslems. Der Anzahl lässt sich nur aus der [Statistik der Ausländer](#) in Deutschland erraten.



TATSACHEN & ARGUMENTE

vor allem in Frankreich. Durch Attacken auf Synagogen und jüdische Friedhöfe in Frankreich und Deutschland und durch einen [spektakulären politischen Mord](#) in Holland trugen sie ihre heimischen Konflikte in die europäischen Gastländer.

Die Anschläge des 9/11 in New York, ausgeführt mit primitivsten Mitteln, aber unter Nutzung westlicher Technologien (Internet, Freizügigkeit) organisiert, waren der Auftakt für einen im Westen kaum beachteten Traum islamischer Prediger, „nach Konstantinopel nun auch Rom zu erobern“, wie es [Scheich Qardawi](#) 2002 verkündete. Die Terrorattacken in Madrid und London zeigten, dass einzelne Personen mit Todeswillen und wenig Sprengstoff den Westen in die Knie zwingen können. Infolge der [Flugzeugentführungen](#) der PLO in den siebziger Jahren wurden weltweit auf allen Flughäfen [Sicherheitsmassnahmen](#) eingeführt, die zunehmend die Bewegungsfreiheit einschränkten. Überwachungssysteme (Kameras, Abhören von Telefonen) nehmen den Bürgern der „freiheitlichen Demokratien“ eine Freiheit nach der Anderen.

Manche europäische Politiker glauben, dass der Terror eine Folge von Armut und Verzweiflung seien. Sie bieten Entwicklungshilfe als Gegenmittel an. Andere glauben, dem Terror mit einer pro-arabischen und israel-feindlichen Politik beikommen zu können. In Anbetracht der [Finanzressourcen](#) des Multimillionärs [Osama bin Laden](#) und seiner [Al-Qaeda](#) dürfte Entwicklungshilfe keine Lösung bieten. Islamismus, Selbstmordattentate und Terror gegen Zivilisten sind menschenverachtende Ideologien, die weder mit Geld, dem Bau von Brunnen, territorialen Konzessionen noch mit politischem Nachgeben bezwungen werden können. Weder Hitler noch Stalin, Pol Pot oder Sadam Hussein hätten mit Geld oder Diplomatie dazu bewegt werden können, ihren massenmörderischen Ideologien eine Absage zu erteilen.

Der Nahostkonflikt, der Hass auf Israel, hochstilisiert als Mitgefühl für das Leid der Palästinenser oder als Solidarität mit ihrem „Freiheitskampf“, dürfte in den meisten Fällen nur als Vorwand dienen, nicht aber die echte Ursache für Attacken auf Dscherba, in Istanbul, Bali oder Scharm A Scheich sein. Die [islamistische Ideologie](#) sieht im dekadenten christlichen Westen einen Feind, wobei Israel nur ein westlicher Vorposten in der arabischen Welt ist. Die Annahme, dass fast alle Probleme der Welt



TATSACHEN & ARGUMENTE

gelöst wären, der Terror, der Nahostkonflikt, die Auseinandersetzung zwischen Christentum und Islam, Huttingtons „Clash der Zivilisationen“, wenn Israel von der Landkarte verschwunden wäre, ist ein gefährlicher Wunschtraum, gleichzusetzen nur mit Hitlers Traum, dass Europa ein Paradies sei, wenn nur die jüdischen „Parasiten“ nicht mehr existierten.